

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (12. Jahrgang, Nr.05, Mai 2018)
besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Finsternis kann keine Finsternis vertreiben, das gelingt nur dem Licht. Hass kann den Hass nicht austreiben. Das gelingt nur der Liebe.

Martin Luther King

Probleme beim Pflegenotstand

Der Koalitionsvertrag zwischen den Parteien der „Großen Koalition“ sieht die Schaffung von 8.000 neuen Stellen für die Verbesserung der Situation in der Pflege vor. Der finanzielle Mehraufwand soll von der Pflegeversicherung getragen werden. Das ist allerdings nur „ein Tropfen auf den heißen Stein“. Es fehlen jedoch mindestens 80.000 Pflegekräfte. Um mehr Menschen für diese Arbeit zu interessieren, sind umfassende Qualifizierungsmaßnahmen und eine bessere Bezahlung erforderlich. Und es müssen Bedingungen geschaffen werden, welche die Einrichtungen dazu ermutigen, Pflegekräfte unbefristet anzustellen. Ein Problem besteht darin, dass durch die Pflegegrade (bis Ende 2016 nannte man diese Pflegestufen) die Kostenzuschüsse, und damit die Betreuungsstunden für die stationäre Pflege festgelegt werden. Derzeit leisten (nach dem Stand vom 01.01.2018) die Pflegekassen bei vollstationärer Pflege in einem Alten- oder Pflegeheim je nach dem vom Medizinischen Dienst festgelegten Pflegegrad 1 – 5, welcher sich nach der Schwere der Beeinträchtigung der Selbständigkeit richtet, 125,00 €, 770,00 €, 1.262,00 €, 1.775,00 € oder 2.005,00 €. Das hat zur Folge, dass eine Einrichtung, wenn ein Mensch mit Pflegegrad 5 verstirbt und man einen Menschen mit Pflegegrad 2 aufnimmt, einen Verlust von 1.235,00 € (2005 – 770) erleidet. Dieser Verlust wird i.d.R. durch Stundenreduzierung bei Mitarbeitern ausgeglichen. Stundenreduzierung ist nur bei Mitarbeitern mit befristeten Arbeitsverträgen möglich. Will man also befristete Arbeitsverträge vermeiden, muss diese Praxis beendet werden.

Zwei weitere Probleme direkt in den Einrichtungen sind uns kürzlich bekannt geworden:

Um Änderungen durch Bewohnerwechsel besser auszugleichen, werden vielerorts MitarbeiterInnen aus Zeitarbeitsfirmen eingesetzt. Das geschieht auch, wenn Stellen unbesetzt bleiben oder wenn durch einen nicht kalkulierten Ausfall die Betreuung sonst gefährdet wäre. Diese MitarbeiterInnen sind ja mit den Umständen in der jeweiligen Einrichtung und vor allem mit den BewohnerInnen nicht vertraut. Das vermindert die Qualität der Betreuung und Pflege. Zu fragen ist, ob die Kalkulation auf der Basis dieser Erfahrungen getätigt wurde und ob sie auch mit den Kostenträgern verhandelt werden kann.

Und weiter: Für die Einstellung von neuen Mitarbeitern vereinbaren Geschäftsführung und Mitarbeitervertretung, eine Frist von sechs Wochen zwischen dem Vorstellungsgespräch und dem Einstellungstermin einzuhalten. Dieser Formalismus ist ja für die Bewerber eine Verunsicherung und kann dazu führen, dass jemand seine Bewerbung allein deswegen wieder zurückzieht. In vielen Einrichtungen ist das Problem verdreifacht: Stellen können durch unterschiedlichste Auflagen und Unflexibilität von Trägern und MAV nicht mehr besetzt werden, der Krankenstand ist wesentlich höher als in den Kostensätzen kalkuliert, Tarifierhöhungen werden nur grundsätzlich aber nicht im Detail erstattet. Ergebnis: der Druck auf die Einrichtungen mit ihren Mitarbeitern steigt, sodass z.B. notwendige Fortbildungen und Qualifizierungen im Job erschwert werden. Notwendig ist ein realistisches Bemessungssystem: Die genehmigte Pflegezeit, abzüglich der realistischen tariflichen Ausfallzeiten (Urlaub, Krankheit Fortbildung) muss im Stellenplan und in der Finanzierung gesichert sein, um eine qualitative Pflege zu gewährleisten. DAGS wird sich weiterhin mit dieser Problematik befassen.

die Mitglieder des DAGS

Zwei Schokoriegel für die Pflege

**Mehr Pflegekräfte seien zu teuer, sagen viele.
Das ist ein schlechter Witz**

von Wolfgang Kessler

Alle sprechen von Pflegenotstand oder - dramatischer - von der Pflegekatastrophe. Doch dann endet die Debatte zumeist bei dem Totschlagargument, viel mehr Pflegekräfte seien einfach nicht zu bezahlen. Deshalb fordern Union und SPD im Koalitionsvertrag gerade einmal 8.000 zusätzliche Pflegekräfte. Diakonie und Caritas zum Beispiel schätzen den Bedarf auf 50.000 bis 100.000 zusätzliche Beschäftigte. Angesichts der ewigen Finanzdebatte in Sachen Pflege hat jetzt ein Gutachten für die Gewerkschaft ver.di endlich klargestellt, dass mehr Pflegekräfte durchaus bezahlbar sind. Danach würden 38.000 zusätzliche Beschäftigte, die Hälfte davon Fachkräfte, rund 1,3 Milliarden Euro kosten. Würde man diese solidarisch über die Pflegeversicherung aufbringen, dann müsste der Beitragssatz der Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte steigen - je zur Hälfte bezahlt von Arbeitnehmern und von Arbeitgebern. Für einen Arbeitnehmer mit einem Bruttoeinkommen von 3.000 Euro im Monat würden dann die Abgaben um 1,50 Euro steigen, ebenso für seinen Arbeitgeber. Das heißt: Eine deutliche Verbesserung der Pflege kostet die

Beschäftigten kaum mehr als zwei Schokoriegel. Und die monatlichen Mehrkosten in Höhe von 1,50 Euro für Durchschnittsverdiener würde bestimmt kein Unternehmen im Wettbewerb zurückwerfen. Das Problem liegt anderswo: Nämlich darin, dass fast alle Parteien ihren Wählerinnen und Wählern und vor allem den Unternehmen ständig versprechen, nur ja nicht die Sozialbeiträge zu erhöhen. Statt mit diesem Dogma zu brechen und mit kleinen Beitragserhöhungen Großes zu bewegen, tut die Politik lieber so, als sei der Pflegenotstand eine unvermeidliche Folge einer älter werdenden Gesellschaft. Unvermeidlich ist der Notstand bestimmt nicht.

aus *Politik-Forum* 2/2018

Buchbesprechungen

Frank Richter

Hört endlich zu Weil Demokratie Auseinandersetzung bedeutet

März 2018, 89 Seiten,
als Buch 10,00 €, als eBook 9,99 €

Der Dresdener Theologe Frank Richter, 1960 in Meißen geboren, war einer der maßgeblichen Akteure der friedlichen Revolution in der DDR. Auch im wiedervereinigten Deutschland wurde er bekannt als Vermittler zwischen verhärteten Fronten. Seit die PEGIDA-Bewegung 2014 Dresden, Sachsen und Deutschland spaltet, setzt er sich für Gespräche mit der Führung und den Unterstützern der Bewegung ein. Von 2009 bis 2017 war er Direktor der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und ist 2017 nach 25 Jahren aus der CDU ausgetreten. Heute ist er in der Geschäftsführung der Frauenkirche in Dresden tätig.

Er fordert in seinem Buch „Hört endlich zu!“ dazu auf, mit den Menschen von Pegida zu reden, statt sie auszugrenzen. In seiner Streitschrift fordert er, die Spirale der Eskalation durch Kommunikation anzuhalten. Für mich bleibt allerdings offen, wer wem endlich zuhören soll. Darin besteht das Hauptproblem des Buches, dass Richter gar nicht genau sagt, wer eigentlich wem zuhören soll.

Trotzdem fand ich in seinem Buch zwei Aspekte für bedenkenswert: Während in Westdeutschland für die Menschen mit der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ 1949 die soziale Marktwirtschaft mit dem Slogan „Wohlstand für alle“ kam, wurde 1989 den Menschen in Ostdeutschland mit der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ die neoliberale Wirtschaftsordnung mit Gewinnmaximierung für die Aktionäre übergestülpt. Richter schreibt hierzu: „Wie eine Furie zog der Neoliberalismus übers Land und hinterließ eine Schneise geistiger Verwüstung“. Zum zweiten sehen die Menschen, welche die Macht der christlichen Religion als überwunden glaubten, in der islamischen Religion eine Gefahr. – Es kommt also darauf an, grundsätzlich die Rolle von Religionen in unserer heutigen, pluralistischen Gesellschaft überzeugend darzulegen. *Klaus-Rainer Martin*

Arun Gandhi

Übersetzung: Alissa Walser

Wut ist ein Geschenk Das Vermächtnis meines Großvaters Mahatma Gandhi

August 2017, als Buch 20,00 €, als eBook 15,99 €

Mahatma Gandhi hat mit seiner Lehre die Welt verändert. Seine Idee des Widerstands durch Ungehorsam und Gewaltlosigkeit haben Tausende, darunter Martin Luther King und Nelson Mandela, inspiriert. Sein Vermächtnis an seinen Enkelsohn kann uns allen Orientierung geben in diesen schwierigen Zeiten.

Als 12-Jähriger erlebte er den bedeutenden und einflussreichen Friedensaktivisten aus nächster Nähe. Zwei Jahre lang lebte er gemeinsam mit ihm im Ashram Sevagram in Zentralindien.

Arun Gandhi beschreibt, wie er seinen Großvater erlebt, wie diese Lektionen sein Leben geprägt haben, und was wir heute davon beherzigen sollten. Dabei lässt er seinen Großvater oft zu Wort kommen:

„Wir sollten uns nicht für unsere Wut schämen. Sie ist eine sehr gute und sehr mächtige Sache, die uns motiviert. Aber wofür wir uns schämen müssen, ist die Art, wie wir sie missbrauchen.“

„Wut ist für einen Menschen wie Benzin für ein Auto. Sie treibt einen an, damit man weiterkommt an einen besseren Ort. Ohne sie hätte man keinerlei Motivation, sich einem Problem zu stellen.“

„Auge um Auge – und die ganze Welt wird blind.“

Das Buch wurde von der Übersetzerin und Malerin Alissa Walser (geboren 1961) ins Deutsche übersetzt. Alissa Walser lebt in Frankfurt am Main und wurde wegen der Übersetzung vieler Werke mehrfach ausgezeichnet.

Wer sich auf die Aussagen dieses Buches einlässt, welche meistens mit persönlichen Erlebnissen des Autors verdeutlicht werden, ist von diesem Buch fasziniert.

Klaus-Rainer Martin

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

**Beiträge und Anregungen bitte an
Klaus Herrmann,
Email: kherrmann@kabelmail.de**

**Unsere nächsten Treffen finden statt am
04.06., 09.07. und am 06.08.2018
im Rauhen Haus,
im Haus Weinberg (III. Stock, Besprechungszimmer).
Wir treffen uns jeweils von 16.30 bis 19.00 Uhr.**

Es ist aber der Glaube eine gewisse Zuversicht dessen, was man hofft, und ein Nichtzweifeln an dem, was man nicht sieht.

(Monatsspruch Mai 2018 aus Hebräer 11,1)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
31. Mai 2018